

12. Deutscher Präventionstag in Wiesbaden am 18. / 19. Juni 2007

Vortrag: Frau Bartels am 19 Juni 2007, von 14 - 15 Uhr

Thema: Gewalt- und Suchtprävention - Beispiele der Integrationsförderung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF)

I. Einführung / Vorstellung

Sehr geehrte Damen und Herren!

Zunächst möchte ich mich für die Gelegenheit, heute zu Ihnen sprechen zu dürfen, bedanken. Die Tatsache, dass dem BAMF bei der Vielzahl der an einer Teilnahme am Präventionstag interessierten Behörden und Organisationen die Möglichkeit zur Präsentation seiner Fördermaßnahmen gegeben wird, ist sicher auf den Ruf, den unser Amt in Nürnberg sich als Kompetenzzentrum für Migration und Integration in den letzten Jahren geschaffen hat, zurückzuführen.

Mein Vortrag lautet „Gewalt- und Suchtprävention – Beispiele der Integrationsförderung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge“. Er beinhaltet einen Überblick über die Situation der jugendlichen Zuwanderer sowie über die Projektförderung des BAMF zur sozialen und gesellschaftlichen Integration von Zuwanderern. Dabei werde ich insbesondere einen Überblick über die vom BAMF geförderten Integrationsprojekte zur Gewalt – und Suchtprävention geben und interessante Projektbeispiele vorstellen. Abschließend werde ich auf das vom BAMF geförderte Programm „Integration durch Sport“ des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) eingehen sowie einige präventive Maßnahmen aus dem Sportbereich vorstellen.

Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, zu deren Erfolg der Staat auf allen Ebenen beiträgt. Integration als Querschnittsaufgabe erfordert Koordinierung und Überwindung von Fragmentierung. Durch die Einrichtung einer neuen Abteilung Integration beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im Jahr 2002 wurden verschiedene Aufgaben, die bislang von verschiedenen Ministerien und Behörden wahrgenommen wurden, beim BAMF gebündelt und das Nebeneinander von Integrationsmaßnahmen teilweise aufgehoben.

Mit dem In-Kraft-Treten des Zuwanderungsgesetzes am 1. Januar 2005 sind weitere Verbesserungen eingetreten und der Einstieg in eine systematische Integrationspolitik vollzogen. Integrationskurse und Migrationserstberatung für Zuwanderer, flankiert durch eine Vielzahl von Integrationsprojekten, sollen dazu beitragen, den Zuwanderern die gleichberechtigte Teilhabe an allen Bereichen des gesellschaftlichen Zusammenlebens unter Respektierung gesellschaftlicher Vielfalt zu ermöglichen. Ziel der Integrationsförderung des Bundesamtes ist das friedliche Miteinander von Migranten und Einheimischen. Integration

ist ein wechselseitiger Prozess, der Anstrengungen von Seiten der Aufnahmegesellschaft wie auch von Seiten der Zuwanderer erfordert („Fördern und Fordern“).

II. Zur Situation der jugendlichen Zuwanderer

1. Zahlen, Daten, Fakten

Nach dem Mikrozensus von 2005 leben insgesamt knapp 19 % Menschen mit Migrationshintergrund (oder anders ausgedrückt Zuwanderungsgeschichte) in Deutschland. Dies entspricht 15,3 Mio. Menschen.

Die Zahl der Ausländer in Deutschland zum 31.12.2006 betrug rund 6,75 Mio. Menschen. Die größte Ausländergruppe stellen die Türken mit rund 1,7 Mio. Menschen, was 25,8 % der Ausländer ausmacht.

Die Verteilung der Ausländer in Deutschland ist ungleichmäßig. Während in den neuen Bundesländern kaum Ausländer leben, herrscht eine höhere Ausländerdichte in den Ballungsräumen mit hohem Industrieanteil. In den großen Städten liegt dieser Anteil z.B. bei 27 % in Hamburg, gut 30 % in München, und 39 % in Stuttgart. Dabei sind die Anteile in den jüngeren Generationen noch weitaus höher.

Seit 1950 sind knapp 4,5 Mio Aussiedler und Spätaussiedler nach Deutschland zugewandert. Während zunächst v.a. Aussiedler aus Polen, Rumänien und der früheren Tschechoslowakei stammten, kommt seit 1990 der überwiegende Teil aus der ehemaligen UdSSR. Auch die Zusammensetzung der Spätaussiedler hat sich stark gewandelt. Während früher der größte Teil selbst Spätaussiedler gemäß § 4 BVFG war, kommen seit einigen Jahren überwiegend mitreisende Familienangehörige, die meist nur geringe Kenntnis der deutschen Sprache und Kultur haben.

Wenn wir heute Probleme bei der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund haben, dann hat dies – so Minister Dr. Schäuble – nichts mit der aktuellen Zuwanderungssituation zu tun, denn wir haben 2006 keine nennenswerte Zuwanderung in Deutschland.

Bezüglich der Suchtkranken und der Kriminalitätsrate von Deutschen mit Migrationshintergrund (Aussiedler) existieren Studien, Schätzwerte und Statistiken. Die sehr hohe Inhaftierungsquote der jungen Aussiedler beispielsweise deutet darauf hin, dass diese überdurchschnittlich häufig mit schweren Delikten auffällig werden, die zu Jugendstrafen ohne Bewährung führen. Die Polizeiliche Kriminalstatistik des Landeskriminalamtes Nordrhein-Westfalen kommt in 2004 für Nordrhein-Westfalen zu dem Ergebnis, dass der Anteil der Tatverdächtigen unter 21 Jahren an allen Tatverdächtigen bei den Aussiedlern 41 %, dagegen bei den Deutschen 29,4 % betrug. Ferner kommt die im Jahr 2000 veröffentlichte Studie des Bayerischen Landeskriminalamtes zu dem Schluss, dass zwar die Größenordnung der Aussiedlerkriminalität nicht besorgniserregend sei, jedoch die steigende Tendenz und der hohe Anteil der Kinder und Jugendlichen. Auch nach den Erkenntnissen von Prof. Dr. Hermann Strasser, Universität Duisburg-Essen, hat sich die Gewaltproblematik bei jugendlichen Aussiedlern in den vergangenen Jahren verschärft. Das äußert sich – so Strasser – nicht nur in gewalttätigen Auseinandersetzungen mit verfeindeten Aussiedlercliquen und Gruppen von jungen Türken, sondern auch in rechtsextremistischen Heranwachsenden.

Laut Bericht der Süddeutschen Zeitung vom 09.01.2007 starben dem Suchtbericht der Bundesregierung zufolge im Jahr 2005 154 Aussiedler in Deutschland an den Folgen ihres Drogenkonsums, damit haben 12 % aller Drogentoten russlanddeutsche Wurzeln. Keine andere ethnische oder soziale Gruppe fällt in der Statistik so stark ins Gewicht. Aussiedler machen 5 % der deutschen Bevölkerung aus, ihr Anteil an den Drogentoten ist also überproportional hoch. Hintergründe dafür sind u.a., dass bei den Aussiedlern das Gefühl der Entwurzelung besonders ausgeprägt ist. „Sie kommen aus einem Land, in dem sie Russen zweiter Klasse sind, in ein Land, in dem sie als Deutsche zweiter Klasse gelten.“ Zudem werden gerade russlanddeutsche Jugendliche oft in einem schwierigen Alter aus ihrer Heimat gerissen. Suchtprobleme treten auch deshalb so gehäuft bei Aussiedlern auf, weil in den ehemaligen GUS-Staaten oft ein unkritischer Umgang mit Alkohol herrscht. Beim Alkohol trinken gibt es kein sehr entwickeltes Problembewusstsein. Dadurch liegt die Hemmschwelle zum Umgang mit Rauschmitteln niedriger als bei anderen Menschen. Darüber hinaus nehmen viele süchtige Aussiedler in Deutschland Therapieangebote nicht wahr, weil sie in der ehemaligen Sowjetunion gelernt hätten, „dem Staat und öffentlichen Institutionen zu misstrauen“ (Süddeutsche Zeitung vom 09.01.2007, Artikel „Sehnsucht nach Kasachstan, Sucht nach Heroin“).

Auch Berichte und Statistiken zur Ausländerkriminalität finden sich fast täglich in Presse und Medien. Laut einem Artikel im Deutschen Polizeiblatt 5/2000 (Kriminalität junger Ausländer) hat etwa ein Zehntel der in Deutschland lebenden Kinder und Jugendlichen keine deutsche Staatsangehörigkeit, aber fast ein Fünftel aller von der Polizei als tatverdächtig registrierten unter 18-Jährigen. Geschieht nun tatsächlich mehr, gibt es häufiger Delikte mit derartigem Hintergrund oder wird nur deshalb mehr darüber berichtet, weil die Öffentlichkeit, die öffentliche wie auch die veröffentlichte Meinung sensibler hierauf reagiert als in früheren Jahren? Jedenfalls sind die Zustände in der Berliner-Rütli-Schule, Artikel über Ghettokids, Straßengangs, Ehrenmorde in türkisch-kurdischem Umfeld in aller Munde.

Es stellt sich daher die Frage, wie kann einer solchen negativen Entwicklung zukünftig entgegen gewirkt werden und was wird bereits dagegen getan.

2. „Polizeiliches Lagebild zur Kriminalität von Deutschen mit dem Migrationshintergrund „Aussiedler“ des LKA Hamburg, Oktober 2006“

Es gibt allerdings auch Studien, die gegenteilige Entwicklungen dokumentieren, z.B. das „Polizeiliche Lagebild zur Kriminalität von Deutschen mit dem Migrationshintergrund „Aussiedler“ des LKA Hamburg, Oktober 2006“.

2.1 Erkenntnisse des „Lagebildes“

Das „Lagebild“ kommt zu der Erkenntnis, dass nach der vorliegenden Untersuchung die Kriminalitätsbelastung von Deutschen mit dem Migrationshintergrund „Aussiedler“ im Vergleich zu allen Hamburgern geringer ist. Wird zusätzlich ihre demografische Struktur in Hamburg und die Forschungsergebnisse zu Migrations- und Integrationsbedingungen mit einbezogen, könnte die Kriminalitätsbelastung dieser Gruppe sogar als unerwartet niedrig bezeichnet werden. Dabei seien die Aussiedler *aus der ehemaligen Sowjetunion* innerhalb der Gruppe der Aussiedler allerdings erheblich stärker mit Kriminalität belastet als diejenigen Aussiedler aus anderen Herkunftsländern. Diese liegen mit ihrer Kriminalitätsbelastung – so das „Lagebild“ – dennoch auf dem Niveau der Deutschen insgesamt. Bezogen

auf Hamburg gesamt wurde für die Gruppe der tatverdächtigen Aussiedler keine besondere polizeiliche Auffälligkeit festgestellt.

Generell weist die Gruppe der Nichtdeutschen im Vergleich zu allen Bevölkerungsgruppen die deutlich höchste Kriminalitätsbelastung auf. Diese Feststellung gilt – so das „Lagebild“ ausdrücklich auch bei einer geschlechtsspezifischen Betrachtung der männlichen Tatverdächtigen.

2.2 Bewertung aus Sicht des Bundesamtes

Die Frage, ob Aussiedler eine höhere Kriminalitätsrate aufweisen als Deutsche ohne Migrationshintergrund, kann nach Auffassung des Bundesamtes mangels bundeseinheitlicher Zahlen nach wie vor nicht eindeutig beantwortet werden. Es bestehen Zweifel an der allgemeinen Aussagekraft des Lagebilds, da

- wie im Lagebild selbst ausgeführt, Aussagen zum Anteil der Aussiedler an den in der Polizeilichen Kriminalstatistik erfassten Tatverdächtigen nicht möglich sind, da sie aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit als deutsche Tatverdächtige erfasst werden,
- der Aussiedleranteil an allen Tatverdächtigen nicht berechnet wird,
- eine Berechnung der Häufigkeitszahlen (Verhältnis von Straftaten zur Einwohnerzahl) für Aussiedler nicht möglich ist und
- es sich um Schätzungen der Anzahl der tatverdächtigen Aussiedler handelt.

Vor dem Hintergrund dieser Einschränkungen stützen sich die Schlussfolgerungen der Studie im Wesentlichen auf einen Vergleich der Kriminalitätsbelastung von Aussiedlern, allen Deutschen (einschl. Aussiedler) und Ausländern. Notwendig wäre aber zusätzlich ein Vergleich nur zwischen Deutschen ohne und Deutschen mit Migrationshintergrund Aussiedler.

Betont werden muss, dass die Hamburger Studie bei Rohheitsdelikten eine 35 % höhere Kriminalitätsbelastung männlicher Aussiedler gegenüber männlichen Deutschen und bei Diebstahlsdelikten eine 66 % höhere Kriminalitätsbelastung von Aussiedlern gegenüber Deutschen festgestellt hat. Gegenüber der bayerischen Studie, die einen sprunghaften Anstieg der Zahl der von Aussiedlern begangenen Straftaten (bei rückläufigen Zugangszahlen) benennt, zeigt die Hamburger Studie allerdings keinen Trend auf. I.ü. wird auf die o.g. Kriminalstatistik des LKA NRW und Erkenntnisse von Prof. Strasser von der Uni Duisburg-Essen über verschärfte Gewaltproblematik hingewiesen (vgl. S. 4).

Im zeitlichen Umfeld des Erscheinens des „Hamburger Lagebildes“ war eine – vermutete oder tatsächlich – erhöhte Kriminalität von Spätaussiedlern erneut Gegenstand verschiedener Veröffentlichungen: z.B. das ZEIT-Dossier vom 12. Oktober 2006 zur Situation in Berlin-Marzahn. Die genannten Dokumentation beurteilen die Kriminalitätsrate von Aussiedlern auch anders als das „Lagebild“; bspw. stellt das ZEIT-Dossier eine höhere Kriminalität, vor allem eine höhere Gewaltbereitschaft von Aussiedlern fest.

2.3 Ursachen und Statistiken zur Sucht-, Gewalt- und Kriminalitätsproblematik bei jugendlichen Zuwanderern

Sucht, Gewalt und Kriminalität haben viele Ursachen, können aber auch als Folge von Migration entstehen. Unabhängig von dem jeweiligen Aufenthaltsstatus ist festzustellen, dass viele Zuwanderer Integrationsschwierigkeiten bewältigen müssen. Diese können sich, abhängig von den individuellen Erfahrungen im Integrationsverlauf, fördernd auf Suchtgefährdung sowie Gewalttätigkeit oder ein Abrutschen in die Kriminalität auswirken.

Fehlende und unzureichende Deutschkenntnisse erschweren nicht nur die Integration in das Wohnumfeld, sondern hemmen auch den Bildungsverlauf. Sie wirken sich zugleich nachteilig auf die berufliche Integration aus. Arbeitslosigkeit oder Beschäftigungsverhältnisse unterhalb bestehender Qualifikationsniveaus wiederum verstellen den Weg zu materiellem Wohlstand und führen zur Abhängigkeit von dem System der staatlichen Fürsorge. Verbunden mit dem Gefühl von Perspektivlosigkeit, mangelnder Anerkennung und Akzeptanz durch die Aufnahmegesellschaft ist insbesondere bei jugendlichen Zuwanderern die Anfälligkeit für Suchtgefährdung, Drogenkriminalität, Diebstahl und Raub (zur Kompensation der materiellen Benachteiligung) sowie der damit zum Ausdruck kommenden Gewalttätigkeit festzustellen. Eine von den Zuwanderern empfundene Ablehnung durch die Mehrheitsgesellschaft fördert zudem den Rückzug in die eigene Community sowie die Stärkung von Parallelstrukturen – und kann sich im schlimmsten Fall zu einer erhöhten Anfälligkeit für Extremismus und internationalen Terrorismus auswachsen.

III. Gewalt-, Sucht- und Kriminalitätsprävention durch Integration

1. Integrationsmaßnahmen des Bundesamtes

Fehlgeschlagene Integration oder Integrationsschwierigkeiten führen nicht automatisch zu Sucht, Gewalt oder/und Kriminalität bei Zuwanderern, aber sie fördern die Faktoren, die Sucht, Gewalt oder/und Kriminalität entstehen lassen. Umgekehrt formuliert: Gelingt Integration, so leistet sie einen wesentlichen Beitrag zur Sucht-, Gewalt- und Kriminalitätsprävention.

Dieses war auch das Ergebnis der Herbsttagung im November 2006 im Bundeskriminalamt: der Präsident des BKA Ziercke und der Präsident des BND Uhrlau erklärten, Integration sei die beste Prävention.

Das Bundesamt vertritt den Ansatz einer ganzheitlichen Integrationsförderung. Dies umfasst den gesamten Bogen von der frühkindlichen bis zur Erwachsenenförderung.

2.1 Migrationserstberatung

Die Migrationserstberatung stellt im Rahmen des ganzheitlichen Förderansatzes das grundlegende Beratungsangebot des Bundes dar. Dabei kümmern sich die Jugendmigrationsdienste (BMFSFJ) speziell um die jugendlichen Neuzuwanderer bis 27 Jahre. Aufgabe ist es, eine individuelle, unmittelbar nach der Einreise einsetzende, zeitlich befristete Beratung und Begleitung mit dem Ziel der Integrationsförderung zu organisieren. Durch eine der persönlichen Lebenssituation angepasste Beratung wird den Migranten Hilfestellung gegeben, damit sie in allen Bereichen des täglichen Lebens eigenständig handeln und entscheiden können. Die Beratungsleistungen werden vor Ort von den Trägern der Wohlfahrtsverbände und kommunalen Einrichtungen erbracht.

2.2 Jugend- und Elternintegrationskurse

Der ganzheitliche Integrationsprozess beinhaltet nicht nur, den Bildungsauftrag gegenüber den Kindern wahrzunehmen. Die Eltern müssen als primären Sozialisationsinstanz qualifiziert und gestärkt und somit in den Integrationsprozess ihrer Kinder einbezogen werden.

Der bundesweite Integrationskurs für erwachsene Neuzuwanderer und bereits länger hier lebende Ausländer und Spätaussiedler ist das Kernstück der staatlichen Integrationsmaßnahmen des Bundes. Er wird vom Bundesamt organisiert. Seit 2005 haben bereits über 250.000 Personen daran teilgenommen. Der Kurs besteht aus einem Sprachkurs mit 600 Unterrichtseinheiten sowie einem Orientierungskurs mit 30 Stunden zur Vermittlung von Grundwissen über die Rechtsordnung, Geschichte und Kultur in Deutschland. Die Teilnahme ist erfolgreich, wenn die Niveaustufe B 1 der Skala des gemeinsamen europäischen Referenzrahmens für Sprachen (GER) erreicht sowie ein Test zum Orientierungskurs bestanden wird.

Zusätzlich gibt es im Angebot Jugendintegrationskurse, die den speziellen Bedürfnissen dieser Zielgruppe gerecht werden soll. Bisher haben rund 3.000 Jugendliche daran teilgenommen. Für Eltern bzw. Mütter gibt es ebenfalls spezielles Angebot, das bereits 18.000 Personen in Anspruch genommen haben. Dabei werden zeitliche Einschränkungen, geschlechtsspezifische Beschränkungen, die aus dem kulturellen oder religiösen Kontext erwachsen, berücksichtigt. Im Rahmen dieser Kurse wird auch eine Kinderbetreuung angeboten, die vielen Frauen eine Teilnahme erst ermöglicht.

2.3 Verbundprojekte

Integrationskurse und Migrationsberatung sind Kernelemente der Integrationsförderung des Bundes. Diese Einstiegsangebote allein führen noch nicht zu einer erfolgreichen Integration, es bedarf weiterer ergänzender Maßnahmen, die den Integrationsprozess fortführen. V.a. in den Bereichen Sprache, Schule, Beruf und Gesellschaft ist es erforderlich, den Eingliederungsprozess bedarfsgerecht zu fördern. Ziel ist, den Integrationskurs sinnvoll mit weiterführenden Maßnahmen der Eingliederungsförderung zu verzahnen. Alle an der Integrationsförderung beteiligten Akteure auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene sollen zu Kooperation und Vernetzung gebracht werden. Die aus unterschiedlichen Titeln finanzierten Maßnahmen, die dem Integrationskurs vorgeschaltet sein können (z.B. Alphabetisierung), parallel verlaufen (z.B. gemeinwesenorientierte Projekte) oder darauf aufbauen (z.B. Bewerbertraining), sollen zum gemeinsamen Nutzen gebündelt werden.

Die rund 150 bundesweit tätigen Regionalkoordinatoren des Bundesamtes stellen die Verbindung zu den beteiligten Akteuren wie Landesstellen, ARGE'n, Wohlfahrtsverbände etc. her und sprechen die Maßnahmen ab.

2.4 Ergänzungskurs für jugendliche Spätaussiedler

Für jugendliche Spätaussiedler gibt es seit Juli 2006 nach erfolgreichem Abschluss des Integrationskurses im Umfang von 100 Stunden ein ergänzendes Angebot. Das Angebot soll der beruflichen Orientierung und der berufsbezogenen Sprachförderung dienen, da vielfach Unkenntnis über die Vielfalt der Berufsbilder und der damit verbundenen Beschäftigungsmöglichkeiten herrscht. Dies soll Enttäuschungen hinsichtlich der Lebens- und Arbeitswirklichkeit in Deutschland vorbeugen.

2.5 Projektförderung zur sozialen und gesellschaftlichen Integration von Zuwanderern

2.5.1 Projektförderung allgemein

Eine der ersten Aufgaben im Integrationsbereich, die dem Bundesamt übertragen wurde, ist die Förderung von gemeinwesenorientierten Projekten. Grundlage der Projektförderung sind die gemeinsamen Fördergrundsätze des Bundesministeriums des Innern und des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vom 30.11.2004. Danach werden im Hinblick auf eine sinnvolle Bündelung unterschiedlicher Integrationsmaßnahmen bevorzugt Projekte gefördert, die mit anderen Förderprogrammen des Bundes und der Länder, z.B. dem Programm „Soziale Stadt“, der Migrationsratgeberberatung sowie dem Eingliederungsprogramm für junge Menschen mit Migrationshintergrund (Jugendmigrationsdienste) in einem Bezug stehen.

Das Bundesamt unterstützt schwerpunktmäßig die gesellschaftliche und soziale Integration von Spätaussiedlern und Ausländern insbesondere durch die Förderung von wohnumfeldbezogenen Maßnahmen. Es werden vorwiegend Projekte unterstützt, die der Verbesserung des sozialen Miteinanders vor Ort und der gesellschaftlichen Teilhabe von Zuwanderern im örtlichen Gemeinwesen dienen. Dies geschieht aus der Erkenntnis heraus, dass erfolgreiche Integrationsförderung dort ansetzen muss, wo sich Integrationsprozesse vollziehen, nämlich im unmittelbaren Wohnumfeld von Einheimischen und Zuwanderern. Bei der Projektförderung handelt es sich um eine Anschubfinanzierung, d.h. der Bund zielt darauf ab, die in der Regel schwierige Anlaufphase von Projekten zu unterstützen.

Die Projektförderung konzentriert sich auf innovative, gemeinwesenorientierte und auf ressourcenorientierte Integrationsmaßnahmen, in denen an die mitgebrachten Talente, Kompetenzen und Qualifikationen der Zuwanderer angeknüpft wird, um somit deren Selbstwertgefühl und das Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten zu steigern und die gesellschaftliche Akzeptanz zu verbessern.

Die geförderten Integrationsprojekte zur sozialen und gesellschaftlichen Integration von Zuwanderern, insbesondere von jugendlichen Zuwanderern, haben im Wesentlichen folgende Inhalte:

- Kontakte zwischen Einheimischen und Zuwanderern herstellen
- Netzwerke knüpfen und Heranführung an örtliche Einrichtungen und Angebote (z.B. Durchführung von Aktivitäten wie Stadtteilstunden, Jugendtreffs, Sport- und andere Freizeitangebote zur Förderung der Begegnung mit Einheimischen und anderen Zuwanderergruppen (Förderung des interkulturellen Zusammenlebens) und zur sinnvollen Freizeitgestaltung
- Akzeptanz fördern
- Interkulturelle Kompetenz fördern (z.B. Maßnahmen zur wechselseitigen „interkulturellen Öffnung“ der Zuwanderer und der Aufnahmegesellschaft, um die jeweilige andere Kultur besser verstehen zu lernen, auch durch Vermittlung von Grundwissen für Zuwanderer und Einheimische über kulturelle Unterschiede)
- Soziale Konflikte entschärfen
- Bürgerschaftliches Engagement und die Hilfe zur Selbsthilfe stärken.

Im Jahr 2007 wird dabei ein Schwerpunkt auf folgende Themen gelegt:

- bürgerschaftliches Engagement
- Sport
- Interkulturelle Kompetenz
- Übergang Schule Beruf
- Stärkung der Erziehungskompetenz der Eltern und
- Gezielte Sucht-, Gewalt- und Kriminalprävention vor allem für gefährdete und verhaltensauffällige Jugendliche.

2.5.2 Projektförderung zur Sucht-, Gewalt- und Kriminalitätsprävention

Alle vom Bundesamt geförderten Integrationsprojekte haben grundsätzlich auch einen präventiven Charakter. Die Jugendlichen bilden eine sehr wichtige Zielgruppe der geförderten Projekte, die von den Wohlfahrtsverbänden, Migrant*innenorganisationen, verschiedenen Vereinen und Institutionen sowie kommunalen Trägern durchgeführt werden. In 2006 wurden über 500 Integrationsprojekte gefördert, hierzu standen Bundesmittel in Höhe von 21,68 Mio. € zur Verfügung.

IV. Projektbeispiele zur Sucht-, Gewalt- und Kriminalitätsprävention

1. Allgemeiner Überblick

Das Bundesamt unterstützt dabei auch spezifische Integrationsprojekte zur Prävention, die neben der sozialen Integration gezielt Vorbeugungsmaßnahmen gegen Sucht-, Gewalt- und/oder Kriminalität insbesondere für gefährdete und verhaltensauffällige Jugendliche mit Migrationshintergrund enthalten. 2006 wurden insgesamt 71 Präventionsprojekte mit einer Bundeszuwendung von ca. 2,4 Mio € gefördert. Zum Teil behandeln die Projekte zugleich Sucht- wie auch Gewaltprävention.

Die geförderten Integrationsprojekte zur gezielten Gewalt-, Sucht- und Kriminalitätsprävention haben im Wesentlichen folgende Inhalte:

- Aufsuchende Sozialarbeit bei Jugendlichen, die durch traditionelle Angebote nicht erreicht werden (Beispiel)
- Gezielte Sucht-, Gewalt- und Kriminalitätsprävention insbesondere in Form von Informationsveranstaltungen (z.B. zum Suchtmittelmissbrauch, Sucht / Gewalt / Kriminalität und ihre Gefahren) und Gruppentreffen (z.B. Erfahrungsaustausch, Erlernen von Konfliktlösungsstrategien, vorbeugende Arbeit gegen Sucht- / Gewalt- / Kriminalitätsentwicklung) sowie Trainings (z.B. Deeskalationstraining, Antiaggressionstraining) (Beispiel)
- Zusammenarbeit und Vermittlung an Beratungsdienste, z.B. Arge, JMD, MEB, Suchtberatungsstellen
- Interkulturelles Training, um die jeweilige andere Kultur besser verstehen zu lernen, durch Vermittlung von Grundwissen für Zuwanderer und Einheimische über kultu-

relle Unterschiede (z.B. Fortbildungsmaßnahmen zur interkulturellen Kompetenz für Mitarbeiter der sozialen Dienste, u.a. Suchtberatungsstellen).

- Förderung der Begegnung mit Einheimischen und anderen Zuwanderergruppen sowie Maßnahmen zur sinnvollen Freizeitgestaltung, z.B. Stadtteilstefte, Jugendtreffs
- Heranführung an diverse Sportangebote
- Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements, u.a. werden Multiplikatoren-schulungen für Ehrenamtliche zur Sucht- und Gewaltprävention gefördert. Diese geschulten Ehrenamtlichen werden anschließend in der Integrationsarbeit vor Ort z.B. als Paten und Mentoren für die jugendlichen Zuwanderer eingesetzt.
- Intensive Einbeziehung der Eltern in die Projektarbeit.
- Erstellung von Dokumentationen, Handreichungen und Broschüren, u.a. zur Sucht-, Gewalt- und Kriminalitätsprävention. Dabei handelt es sich meist um Auswertungen der Projektarbeit und Handlungsempfehlungen für die künftige Integrationsarbeit.

2. Ausgewählte Projektbeispiele zur Gewalt- und Kriminalitätsprävention

2.1 Projekt: „Präventives Deeskalationstraining gegen Rassismus und Gewalt an Schulen und Kindergärten im Stadtteil Münster-Coerde“

Ort: Münster (Nordrhein-Westfalen)

Träger: Deutsches Rotes Kreuz

Förderzeitraum: 01.08.2005 – 31.07.2008

Zielgruppe: Altersunabhängig

Kurze Situationsbeschreibung:

(nachfolgend Auszug aus den Antragsunterlagen)

Der Stadtteil Münster-Coerde gehört zu den sozial benachteiligten Stadtteilen, der eine besondere multiethnische Bevölkerungsstruktur aufweist. Für den Integrationsprozess sind Kinder und Jugendliche von zentraler Bedeutung. Durch Stärkung ihrer Konfliktfähigkeit und interkulturellen Kompetenz wird ein wesentlicher Beitrag zur Integrationsarbeit geleistet.

Inhalte und Ziele des Projektes sind:

- Präventive Jugendarbeit mit dem Schwerpunkt der interkulturellen Zusammenarbeit
 - Aufbau von Kontakten zwischen Einheimischen und Zuwanderern
 - Förderung des interkulturellen Lernens und Verstehens im Stadtteil
 - Vermittlung sozialer Kompetenzen und Stärkung der Persönlichkeit
- Installierung eines zusätzlichen Angebotes in Form eines Deeskalationstrainings gegen und Gewalt in Schulen, Kindergärten und öffentlichen Plätzen im Stadtteil
 - Kulturelle Eigenschaften / Lebensweisen einzelner Migrantengruppen für die jeweiligen Anderen vertraut machen, um die Überfremdungsängste abzubauen und Fähigkeiten zu entwickeln, ohne Vorurteile und gewaltfrei auf die Anderen zuzugehen
 - Konflikte konstruktiv austragen und Konflikte als Chance eines sozialen Miteinanders begreifen

- Kennen lernen und Ausprobieren von konkreten Konflikt-, Bedrohungs- und Gewaltsituationen
- Förderung der Kommunikationskompetenz und Konfliktfähigkeit
- Gewinnung und Schulung von Ehrenamtlichen
 - Ausbildung und Anleitung ehrenamtlicher Mitarbeiter, die zur Unterstützung an öffentlichen Plätzen und Schulwegen präventiv agieren und intervenieren können
- Intensive Einbeziehung der Eltern in die Projektarbeit
 - Die Entwicklung gemeinsamer Handlungsstrategien von Pädagogen, Eltern, Ehrenamtlichen und Kindern / Jugendlichen im Umgang mit Gewalt- und Konfliktsituationen
- Intensivierung der Freizeit- und Bildungsarbeit im Stadtteil mit gezielten Angeboten für Einheimische und Zuwanderer
- Schaffung eines friedlichen Miteinanderlebens in dem sozialen Umfeld

Geplante Projektziele für 2007

- Intensivierung und Fortsetzung des Deeskalationsrainings für Jugendliche in der Hauptschule
- Deeskalations- und Konflikttraining für Lehrer
- Evaluation des Deeskalations- und Konflikttrainings in der Hauptschule
- Multiplikatoren-schulung für Eltern
- Einrichtung einer Elternsprechstunde
- Einbeziehung ehrenamtlicher Mitarbeiter in die Projektarbeit
- Sprechstunden, Hausbesuche, Veranstaltungen im Stadtteil, Öffentlichkeitsarbeit
- Initiierung und Durchführung von Freizeitgruppen

2.2 Projekt: „LEGEWALT – Lebensplanung und geschlechterbezogene Gewaltprävention“

Ort: Kreis Hof (Bayern)

Träger: Diakonisches Werk e.V.

Förderzeitraum: 01.10.2003 – 30.09.2006

Zielgruppe: Jugendliche

Kurze Situationsbeschreibung:

(nachfolgend Auszug aus den Antragsunterlagen)

Das Projekt hat seine lokalen und regionalen Schwerpunkte in Wohngebieten der Stadt Hof und in der Stadt Schwarzenbach/Saale im Landkreis Hof.

Hof ist eine mittelgroße Stadt, die sich im Länderdreieck Sachsen, Bayern und Tschechien befindet. Derzeit leben ca. 49.150 Menschen in Hof. Ca. 11 % der Einwohner besitzen eine ausländische Staatsbürgerschaft. Oberfranken, insbesondere der Arbeitsamtsbezirk Hof, hat in Bayern die höchste Arbeitslosenquote (12,7 %). Die Arbeitslosigkeit unter den Migrantinnen ist besonders hoch.

Die Stadt Schwarzenbach/Saale liegt etwa 9 km von Hof entfernt. Von den ca. 8.300 Einwohnern sind 2.300 der Altersgruppe bis 26 Jahre zuzurechnen. Der Anteil der ausländischen Jugendlichen an dieser Altersgruppe beträgt 11,7 %.

Auf Grund der schlechten beruflichen Perspektiven vor Ort, ist zunehmend ein delinquentes und gewaltbereites Verhalten bei den Jugendlichen festzustellen. Daran sind Zuwandererjugendliche erheblich beteiligt („Besetzung von öffentlichen Räumen, wie z.B. Spielplätze, Jugendtreff, Bushäuser).

Inhalte und Ziele des Projektes

(1. Jugendtreff „Gleis 2“ in Schwarzenbach/Saale und 2. Internationales Mädchen- und Frauenzentrum der EJSA Hof in Hof) sind:

- Aufsuchende Arbeit: Ansprechen der Jugendlichen an inoffiziellen Treffpunkten
- Bewusstmachen der Stärken und Fähigkeiten der jugendlichen Zuwanderer
- Einrichtung offener Angebote (u.a. Internetcafé, Theaterprojekt, Sportangebote)
- Information und Unterstützung bei der Ausbildungsplatz- und Arbeitssuche (u.a. Bewerbungstraining)
- Gewaltprävention (u.a. Antiaggressionstraining, Konfliktlösungstraining)
- Elternarbeit (u.a. Unterstützung leisten bei der Lebensplanung ihrer Kinder)
- Kooperationen und Vernetzung zwischen Hauptschulen, Kommunalen Jugendarbeit und dem Jugend- bzw. Mädchen- und Frauentreff
- Öffentlichkeitsarbeit

Maßnahmen, die zur Gewaltprävention an beiden Standorten durchgeführt wurden:

- Mädchen tolerieren Gewalt nicht und sagen es auch öffentlich:
 - Durchführung einer anonymen Fragebogenaktion zum Thema Gewalt: Laut der Fragebogenaktion haben viele Mädchen schon Erfahrungen mit Gewalt gemacht (Schule, Familie, auf der Straße) entweder als Beobachterinnen, andere als Opfer und manche auch als Täterinnen.
 - Nach der Fragebogenaktion und nach dem Anschauen eines Filmes zum Thema „Gewalt“ („Das blaue Ufer“) wurde in Gesprächsrunden Erfahrungen diskutiert.
 - Die Mädchen setzten sich mit dem Thema auseinander, und es wurden gemeinsam Lösungen gefunden bzw. entwickelt.
- Mädchen erlernen Selbstverteidigungstechniken
 - Den Mädchen wurde ein Selbstverteidigungskurs angeboten. Unter der Leitung eines erfahrenen Trainers erlernten die Mädchen Techniken und Methoden, sich zu wehren.
 - Das Selbstvertrauen der Mädchen wurde zudem gestärkt, und sie lernten Grenzen für Andere zu setzen und auf diese zu bestehen.

2.3 Projekt: „Stark sein – ohne Gewalt!“

Ort: Bad Oldesloe (Schleswig-Holstein)

Träger: Diakonisches Werk e.V.

Förderzeitraum: 01.08.2004 – 31.07.2007

Zielgruppe: Jugendliche

Kurze Situationsbeschreibung:

(nachfolgend Auszug aus den Antragsunterlagen)

Ein hoher Anteil von Opfern mit Migrationshintergrund – zumeist Frauen, Kinder und Jugendliche- sind häuslicher Gewalt ausgesetzt. In diesen Familien kommen noch erschwerende Lebensumstände nach der Einreise und eine andere Sozialisation sowie Erfahrungen gesellschaftlich tolerierender Gewaltanwendung im Herkunftsland hinzu, die zusätzlich erhöhte Gewaltbereitschaft hervorrufen.

Die Regelangebote des Staates, der Wohlfahrtsverbände und anderer Institutionen erreichen häufig nicht die von Gewalt betroffenen Angehörigen der Migrantenfamilien.

In diesem Zusammenhang besteht akuter Bedarf, die entsprechenden Zielgruppen über die Rechtslage in Deutschland zu informieren, ihre eigenen Gewalterfahrungen aus dem Herkunftsland zu thematisieren und mit ihnen gewaltlose Konfliktstrategien zu entwickeln.

Ferner besteht der Bedarf für Multiplikatoren in Schule, Sprachkurs, Jugendeinrichtungen nach Hintergrundinformationen des Herkunftslandes zum Thema Gewalt und Lösungsansätze für eine Veränderung.

Projektkonzeption:

Das Projekt besteht aus 3 Teilen.

- Mit verschiedenen Seminaren wurden in den ersten 5 Monaten der Projektarbeit 40 Jugendliche und junge Erwachsene, frühzeitig nach der Einreise, erreicht, um eine Reflektion der Konfliktstrategien aus dem Herkunftsland zu ermöglichen und die gewünschte gewaltlose Konfliktlösung in der Aufnahmegesellschaft einzuüben. In Einzelfällen konnten zusätzlich in 33 Kontakten Migranten mit Gewaltproblematik teilweise auch muttersprachlich beraten und begleitet werden.
- In Fortbildungsreihen werden die interkulturelle Kompetenz und Kenntnisse über die Herkunftsländer von Migranten für Multiplikatoren und einheimische Jugendliche vermittelt. Hierzu gibt es regelmäßig Veranstaltungen in den Schulen vor Ort.
- Die Erstellung einer Handreichung für die Praxis im letzten Projektzeitraum soll die Möglichkeit bieten auch anderen Jugendeinrichtungen das Konzept der Gewaltprävention für Migranten zugänglich zu machen.

Projektziele:

- Erkennen und Empfinden von Gewalt und deren Formen
- Vermittlung neuester Rechtslage im Bereich der häuslichen Gewalt
- Stärkung sittlicher Prinzipien
- Gewaltprävention: Konflikte erkennen und lösen
- Strategien zur gewaltfreien Konfliktlösung
- Unterstützung / Beratung / Einzelfallhilfe
- Durch den modellhaften Charakter des Projektes soll ein Konzept als Handreichung auch für andere Einrichtungen entstehen, die als Arbeitsanleitung für Multiplikatoren dienen könnte.

3. Interessante Projektbeispiele zur Suchtprävention

3.1 Projekt: „SEM – Sekundäre Suchtprävention für spätausgesiedelte junge Menschen in Münster“

Ort: Münster (Nordrhein-Westfalen)

Träger: Landschaftsverband Westfalen-Lippe

Dauer der Maßnahme: 01.10.2004 – 31.03.2007

Zielgruppe: Jugendliche

Kurze Situationsbeschreibung:

(nachfolgend Auszug aus den Antragsunterlagen)

In den vergangenen Jahren zeigte sich, dass eine spezifische Gruppe junger Spätaussiedler mit den vorhandenen Methoden der Jugendarbeit / -sozialarbeit und der Drogenhilfe nicht erreicht wurden. Es handelt sich um Jugendliche und junge Erwachsene mit einem sogenannten „riskanten“ Drogenkonsum. Sie sind gefährdet, in manifeste Abhängigkeiten mit all ihren Folgeerscheinungen abzurutschen. Wirksame konzeptionelle Ansätze der Sekundärprävention für diese Zielgruppe existieren bislang nicht.

Das Projekt verfolgt im Wesentlichen folgende Ziele:

- Gewinnung von Informationen über das Konsumverhalten der Zielgruppe und die Möglichkeit, zu diesen einen Zugang zu erhalten
- Entwicklung neuer Methoden, mit denen (potentielle) Drogenkonsumenten bzw. – missbraucher besser erreicht werden können
- Erprobung neuer Wege, auch die Familienangehörigen einzubeziehen
- Entwicklung von Schulungsmaterialien und Schulung sowie Einsatz von Multiplikatoren (Peers, Eltern und Familienangehörigen, Key Persons)
- Förderung der Annahme der vorhandenen Hilfeangebote zu einem früheren Zeitpunkt im Suchtverlauf
- Vorbeugung von Suchtprozessen / Förderung der Gesundheit
- Externe wissenschaftliche Evaluation
- Erstellung eines Manuals zur nachhaltigen (bundesweiten) Nutzung der Informationen und Ergebnisse

Wesentliche Inhalte des Projektes sind:

Sekundärprävention für spätausgesiedelte Jugendliche in Münster

- Erhebung des Gebrauchs von Suchtmitteln bei der Zielgruppe mittels des „Rapid Assessment and Response (RAR)“ (übersetzt etwa: „rasche Bewertung und Reaktion“) unter Einbeziehung geschlechtsspezifischer Aspekte, inklusive Sozial-, Alters- und Geschlechtsstruktur bei Suchtmittel konsumierenden jugendlichen Spätaussiedlern
 - Durch unstrukturierte oder halbstrukturierte Interviews werden mit ausgewählten Schlüsselpersonen in einem ersten Schritt die vorhandenen Informationen über die Zielgruppe gesammelt.
 - In einem Treffen der Fokus-Gruppe werden Informationen zusammengetragen, Hypothesen zur Zielgruppe überprüft und diskutiert.
- Umsetzung der gewonnenen Informationen in passgenaue Interventionen
- Durchführung von 3 Praxisteilen durch Schulung und Einsatz von Multiplikatoren:
 - Peer-Trainings mit Jugendlichen, die innerhalb ihrer Sozialgruppe Einfluss haben
 - Key- Persons (Schlüsselpersonen), die u.a. in der aufsuchenden Arbeit bislang nicht erreichter riskant konsumierender Spätaussiedler eingesetzt werden

- Eltern und andere Familienangehörige (Homeparty: Bildungsarbeit mit bildungsfernen Migrantenfamilien mit dem Ziel, informierte Meinungsführer in den Stadtteilen einzusetzen)

Zusammenfassende Bewertung der Evaluation:

Konzeptanpassung

- Bezogen auf die Projektziele zeigen die Ergebnisse der Evaluation, dass es gelungen ist, Konzepte der sekundären Suchtprävention den besonderen Anforderungen in der Arbeit mit spätausgesiedelten jungen Menschen anzupassen, sie zu implementieren und anzuwenden. Dabei haben sich mit Blick auf den Zugang zur Zielgruppe vor allem die Schulungen von jungen Peers und der Einsatz muttersprachlicher Streetworker/innen bewährt. Durch das Konzept der Homeparty ist es gelungen, Eltern in die sekundärpräventive Arbeit mit der Zielgruppe einzubeziehen. Schließlich hat auch die Schulung von Schlüsselpersonen einen Beitrag zur Umsetzung der Projektziele geleistet.

Wahrnehmung der Konsumrisiken

- Es ist dabei u.a. gelungen, die Wahrnehmung der Risiken des Konsums psychoaktiver Substanzen in der Zielgruppe zu verbessern sowie Einstellungen und Haltungen zu Alkohol- und Drogenkonsum zu beeinflussen. Dokumentierbar waren zudem Änderungen beim Cannabiskonsum. Hinsichtlich des Konsums von Alkohol hat das Modellprojekt am ehesten dazu beigetragen, dass der Konsum insgesamt bewusster und weniger rauschhaft erfolgt.

Integration bislang nicht erreichter Teilgruppen in den Stadtteilzentren

- Unter sekundärpräventiven Gesichtspunkten muss zudem die Integration bisher nicht erreichter Teilgruppen mit einem problematischen Konsumverhalten in die Arbeit der Stadtteilzentren als Erfolg des Projektes gewertet werden. Dies gilt auch für die Verbesserung der Wahrnehmung konsumbezogener Problemlagen in den sozialen Subsystemen der Stadtteile, in Familien und in der Jugendarbeit.

Insgesamt hat der abgestimmte Einsatz der verschiedenen Gruppen von Multiplikatoren, Interventionen und Angeboten im Zusammenhang mit der sozialräumlichen Ausrichtung dazu beigetragen, dass die Projektziele erfolgreich umgesetzt wurden.

3.2 Projekt: „Horizont“

Ort: Niederschlesischer Oberlausitzkreis (NOL), kreisweit (Sachsen)

Träger: Diakonisches Werk e.V.

Förderzeitraum: 16.04.2004 – 15.04.2007

Zielgruppe: Altersunabhängig

Kurze Situationsbeschreibung:

(nachfolgend Auszug aus den Antragsunterlagen)

Die Ansiedlung von Spätaussiedlern aus den Ländern der ehemaligen GUS im Landkreis Niederschlesische Oberlausitz (Ost-Sachsen) konzentrierte sich in den vergangenen Jahren auf Grund des besonders hohen Wohnungsleerstandes hauptsächlich auf die Stadt Weißwasser.

In Weißwasser wohnen 2.000 Spätaussiedler, das sind ca. 8 % der Gesamtbevölkerung.

Erst seit 2003 wurde gezielt mit der dezentralen Ansiedlung der Spätaussiedler in den Städten Niesky, Rothenburg und Reichenbach im Niederschlesischen Oberlausitzkreis – ohne Zwischenstation „Aussiedlerheim“ – begonnen.

Projektkonzeption:

- Aufnahme von Kontakten zu Aussiedlern / Aussiedlerfamilien an ihren gewöhnlichen Treffpunkten (Jugendclubs, Schule, Kirchengemeinde usw.) sowie im Rahmen des Erstkontaktes in der Unterkunft bzw. der Wohnung der Betroffenen.
- Gesprächsführung mit dem Ziel des Beziehungsaufbaus und der Informationsvermittlung.
- Motivation der Zielgruppe zur Inanspruchnahme medizinischer und psychologischer Hilfen.
- Vermittlung suchtgefährdeter und suchterkrankter Aussiedler zu den Angeboten der ambulanten und stationären Suchtkrankenhilfe.
- Erarbeitung und Umsetzung von Konzepten zur ambulanten und niedrigschwelligen Begleitung suchtgefährdeter und abhängiger Spätaussiedler und ihrer Angehörigen.
- Entwicklung spezifischer ambulanter Hilfe- und Unterstützungssysteme für suchtmittelkonsumierende Spätaussiedler durch gezielte und klientenorientierte interdisziplinäre Kooperation im Landkreis und darüber hinaus (Netzwerkarbeit).
- Verknüpfung der im Netzwerk vorhandenen Angebote der Migration-, Jugend- und Sozialarbeit mit den Angeboten der Suchtprävention und der Suchtkrankenhilfe im Landkreis NOL.
- Förderung der Selbsthilfe der betroffenen Aussiedler sowie der Integration in vorhandene Selbsthilfestrukturen.
- Gewinnung ehrenamtlicher Helfer für die Arbeit im Netzwerk.
- Präventionsarbeit mit den Schwerpunkten: 1.) Primärprävention und Elternbildung, 2.) Sekundärprävention (risikoarmer und bewusster Umgang mit Suchtmitteln und 3.) Befähigung zur suchtmittelfreien Konfliktbewältigung

Das Projekt wird vom Regionalkoordinator des Bundesamtes als sehr erfolgreich bewertet. Besonders positiv ist die starke Vernetzung und intensive Einbindung von Ehrenamtlichen. Gleiches gilt für die „Vorbildwirkung“ der Aktivitäten an der kooperierenden Schule in Weißwasser. An dem Teilziel bzgl. der Selbsthilfe der Zuwanderer wird weiter intensiv gearbeitet. Die Ausweitung der Tätigkeit auf weitere Städte im Landkreis wird angestrebt. Die beteiligten Netzwerkpartner sind an einer Fortführung der Arbeit interessiert und setzen sich aktiv dafür ein.

3.3 Projekt: „Aus! Sucht – Maßnahmen zur Suchtprävention, insbesondere für junge russischsprachige Migranten“

Ort: Berlin Marzahn-Hellersdorf (Berlin)

Träger: Deutsches Rotes Kreuz e.V.

Förderzeitraum: 01.10.2005 – 30.09.2008

Zielgruppe: Jugendliche

Kurze Situationsbeschreibung:

(nachfolgend Auszug aus den Antragsunterlagen)

Berlin Marzahn-Hellersdorf ist ein Brennpunktgebiet mit einer großen Anzahl an Spätaussiedlern und Ausländern.

Als besonders wirksam hat sich die Verknüpfung niedrigschwelliger sozialpädagogischer Angebote für gefährdete und betroffene junge Migranten (aufsuchende Arbeit, offene Sport- und Freizeitangebote) mit Bildungsangeboten (Seminar- und Freizeitreisen, Workshops, Projekttag, gesundheits- und suchtpreventiver Unterricht) erwiesen. Das ist nur möglich und erfolgreich, wenn der errungene Vertrauensbonus behutsam für eine ständige sozialpädagogische Motivationsarbeit mitgenutzt wird, um sowohl den Jugendlichen eine neue und erreichbare Perspektive aufzuzeigen als auch ihren Weg zur Suchtfreiheit zu begleiten.

Die Institution Schule nimmt hier eine zentrale Position ein. Mit der kontinuierlichen Präsenz des Projektes in den Förderklassen der Thüringen-Oberschule und der Felix-Wankel-Oberschule leistet das Projekt einen entscheidenden Beitrag zur Primärprävention für die neuangekommenen jungen Migranten in Marzahn-Hellersdorf.

Es ist eine vorbildliche Vernetzung des DRK KV Berlin-Nordost e.V. vor Ort im Bereich der Suchthilfe und Suchtprevention und darüber hinaus in der gesamten Jugendhilfe sowie Migrationsarbeit gegeben.

Projektziele und –inhalte:

1. Arbeit mit gefährdeten Gruppen:

Zielgruppe sind etwa 60 russischsprachige Jugendliche und junge Erwachsene im Alter zwischen 16 und 29 Jahren, die in Bezug auf Alkohol- und Drogenmissbrauch gefährdet sind oder bereits riskant konsumieren. Ziel ist es, durch regelmäßige Sportangebote in Abendstunden und am Wochenende die Erreichbarkeit der Personengruppe für das Projekt langfristig sicherzustellen und die jungen Menschen mit kombinierten Angeboten von Seminaren/Workshops und FreizeitErlebnispädagogik für die präventiven Angebote zu gewinnen.

2. Prävention im Netzwerk mit der Schule:

Zielgruppe sind ca. 170 russischsprachige Schüler der Thüringer-Oberschule (Gesamtschule ohne Sekundarstufe 2) und der Felix-Wankel-Oberschule (Hauptschule) in Marzahn, insbesondere der Schüler der insgesamt 3 Förderklassen, die in der Regel erst seit wenigen Monaten in Deutschland leben. Ziel ist es, durch Projekttag und Workshops zu den Themen Alltagskompetenzen, Gesundheit, Sexualität und Sucht in dieser frühen Integrationsphase primärpräventive Inhalte zu vermitteln und so einen naiven Einstieg in den riskanten Suchtmittelkonsum zu verhindern. Mit Beginn des Schuljahres 2006/2007 ist das Projekt z.T. in Kooperation mit der VISTA gGmbH und der Polizeidirektion vor Ort einmal wöchentlich im Regelunterricht präsent.

3. Vernetzung und Gremienarbeit:

Voraussetzung einer effektiven Projektarbeit ist die Vernetzung v.a. in den Strukturen der Aussiedlerarbeit und der Suchtprevention des Bezirks Marzahn-Hellersdorf.

4. Neben den drei o.g. Schwerpunkten ist das Projekt punktuell in den Bereichen Vermittlung und ggf. Beratung von Betroffenen und Angehörigen im Netzwerk tätig und begleitet Veranstaltungsevents im Bezirk mit Präventionsständen und Sportangeboten.

V. Programm „Integration durch Sport“

1. Allgemeines

Integrationsprozesse finden in allen gesellschaftlichen Bereichen statt, z.B. in der Schule, bei der Arbeit oder im Sportverein. Der Sport kann schon früh die Weichen für eine erfolgreiche soziale und gesellschaftliche Integration von Zuwanderern stellen. Sport schafft gegenseitiges Vertrauen und kann helfen, Brücken zwischen den Kulturen zu bauen. Menschen, die Sport treiben, tun nicht nur etwas für ihre Gesundheit, sondern kommen mit anderen zusammen und knüpfen soziale Kontakte. Der Sport schafft wichtige Voraussetzungen für die Integration, indem er spielerisch zur Verbesserung des Selbstbewusstseins beiträgt, die Akzeptanz von Regeln und Verhaltensweisen schult und ein Verständnis für soziale Strukturen schafft. Sporttreibende erfahren Spaß und Bestätigung, lernen mit Erfolg und Frust umzugehen und erleben Toleranz und Respekt. Denn wie kaum ein anderer Bereich schafft er vielfältige Möglichkeiten der Begegnung und Verständigung. Sport ist keine Frage des Alters, des Geschlechts oder der Herkunft. Daher kann er Menschen über Sprach- und Kulturbarrieren hinweg zusammen bringen und das Gemeinschaftsgefühl stärken.

Insbesondere Kinder und Jugendliche finden im organisierten Sport viele Angebote für eine sinnvolle Freizeitgestaltung und Hilfestellung für ihre persönliche Orientierung. Ihnen werden soziale Werte wie Fairness, Toleranz und Respekt vermittelt, sie lernen den Umgang mit Sieg und Niederlagen und sich in eine Gruppe einzuordnen. Damit kann der Sport schon früh die Weichen für eine erfolgreiche soziale und gesellschaftliche Integration stellen.

Hier setzt das Programm „Integration durch Sport“ an. Das Bundesamt fördert das Programm seit 2003 mit jährlich über 5 Millionen Euro. Zentrales Ziel des Programms „Integration durch Sport“ ist die Integration der Zielgruppen in die Aufnahmegesellschaft durch und in den organisierten Sport. Weitere Ziele des altersunabhängigen Programms sind:

- der Abbau von Sprachbarrieren und kulturellen Vorbehalten
- die Gewaltprävention durch Aktivitätsangebote
- die wechselseitige Akzeptanzsteigerung von Einheimischen und Zuwanderern
- die Förderung und Stärkung des sozialen Engagements in Sportorganisationen
- die Information über das Sportsystem in Deutschland
- die Schaffung und Förderung langfristiger Integrationsstrukturen unter Einbindung des organisierten Sports.

Die bundesweite Gesamtkoordination des Programms „Integration durch Sport“ liegt beim DOSB, die Umsetzung des Programms erfolgt auf der Landesebene unter Berücksichtigung regionaler Besonderheiten durch die Landessportbünde (LSB). An der Basis sind bundesweit rund 470 Sportvereine (Stützpunktvereine) im Einsatz, die sich besonders für die Integrationsarbeit engagieren. Unter Mitwirkung von zahlreichen ehrenamtlichen Helfern werden im Rahmen des Programms jährlich rund 10.000 Integrationsmaßnahmen wie Sportfeste, Ferienzeiten, Großveranstaltungen durchgeführt. Darüber hinaus sind bundesweit über 700 sogenannte Starthelfer und Starthelferinnen aktiv, die überwiegend selbst Migrationshintergrund haben und organisatorische aber auch sportpraktische Aufgaben übernehmen. Verschiedenartige Projektfahrzeuge (Sportmobile, Stützpunktbusse

und Anhänger) ausgerüstet mit einer Vielzahl von Sport- und Spielgeräten (Hüpfburgen, Musikanlagen, Stelzen, Kriechtunnel etc.) werden zu Animationszwecken bei Sport- und Spielfesten kostenlos zur Verfügung gestellt.

Um möglichst viele Menschen mit dem Programm zu erreichen, soll die Vernetzung mit anderen Akteuren vor Ort, beispielsweise durch vermehrte Kooperation mit Kindergärten und Schulen, sowie den lokalen Trägern intensiviert werden. Bedarfsgerechte Sportangebote sollen flächendeckend zur Verfügung stehen. Die verstärkte Einbeziehung von Zuwanderern, insbesondere junger Mädchen und Frauen mit Migrationshintergrund, in den Sport wird in Zukunft eine besondere wichtige Rolle spielen.

Auch bei der Entwicklung des Nationalen Integrationsplans der Bundesregierung spielte der Sport in der Arbeitsgruppe 6/2 „Sport“ eine große Rolle.

Als Ziele formulierte die Expertenrunde der AG 6/2, dass

- zielgruppenorientierte Angebote entwickelt werden,
- nachhaltige Angebote geschaffen werden,
- in beiden Kulturen beheimatete und engagierte Personen sollen gestärkt werden,
- Bereitschaft zur Integration soll sowohl bei den Zuwanderern als auch bei der einheimischen Bevölkerung geschaffen werden.

2. Die konkrete gewaltpräventive Wirkung des Programms „Integration durch Sport“

Das Programm „Integration durch Sport“ entfaltet eine gewaltpräventive Wirkung gerade durch das Ausüben von Kampfsportarten wie u.a. Karate, Ringen oder Boxen. Diese Sportarten fordern das strikte Einhalten von Regeln, sie disziplinieren und sensibilisieren den Ausübenden bzgl. der Ausübung ungezügelter Gewalt und den Einsatz ihrer Kräfte und daraus resultierender möglicher Schäden bei den Kontrahenten. Durch das gestärkte und entwickelte Selbstbewusstsein besteht auch nicht mehr die Notwendigkeit, seine Selbstbestätigung in Prügeleien zu suchen. Die Freizeit wird als sinnvoll und abwechslungsreich empfunden.

Die Trainingseinheiten sind durch die Trainer so gestaltet, dass die Trainierenden körperlich angestrengt werden und ihre Aggressionen im Training abbauen können. Sie müssen nicht mehr auf der Straße einen Anlass zum Prügeln suchen, und die Anzahl der Sachbeschädigungen geht ebenfalls zurück.

Auf die Vorstellung von einzelnen Beispielen musste leider aus Zeitgründen verzichtet werden.

VII. Ausblick

Aus der geschilderten Ausgangslage sowie aus dem Überblick der vom Bundesamt geförderten Integrationsprojekte zur Sucht-, Gewalt- und Kriminalitätsprävention wird deutlich, dass es auch zukünftig notwendig ist, in diesem Handlungsfeld Integrationsprojekte für Zuwanderer zu fördern.

Die Entwicklung und Durchführung von speziellen Modellprojekten für weitere Erkenntnisse im Hinblick auf eine verbesserte Integrationsarbeit mit Zuwanderern auf dem Gebiet der Sucht-, Gewalt- und Kriminalitätsprävention erscheint nötig.

In einem ersten Schritt werden 2007 vor dem Hintergrund des signifikant hohen Anteils männlicher Aussiedler bei Gewaltdelikten aus den Erfahrungen der bisherigen Projektförderung und auf der Grundlage bereits vorhandener Forschungsergebnisse neue Strategien zur Gewaltprävention entwickelt und gezielt Maßnahmen für junge Aussiedler gefördert. Bewähren könnte sich ein Modell, in dem junge Aussiedler zu Multiplikatoren geschult werden. Als „peers“ (Streitschlichter oder Konfliktlotsen) sollen sie als Vorbilder auftreten und Gewalt ablehnende Verhaltensweisen zeigen und vermitteln. Sie sollen im sozialen Umfeld zur Deeskalation von Streitigkeiten beitragen und entsprechende Strategien weitergeben. Als Anreiz soll den Betreffenden neben der sozialen Anerkennung durch ihre neue Rolle als Schlichtungsinstanz die mit ihrem Einsatz verbundene bessere Perspektive auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt dienen. Die gewonnenen Erkenntnisse sollen anschließend gebündelt und als Handlungsempfehlungen für die Implementierung und Durchführung zukünftiger Präventionsprojekte mit der Zielgruppe junge Aussiedler und Ausländer nutzbar gemacht werden.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!